

ISI

Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 10
Juli 1993

Eine ZUMA
Publikation

Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?

Dramatischer Rückgang von Geburten, Eheschließungen und Scheidungen

In der Ostsee-Zeitung vom 8. Mai 1993 lesen wir in einer Reportage aus der Stadt Rostock: „Während sich 1990 bis Anfang Mai 454 Paare das Jawort gaben, waren es in diesem Jahr lediglich 155. Das Durchschnittsalter der Heiratswilligen liegt derzeit bei 30 Jahren, während es 1989 mit 20 Lenzen registriert wurde.“ Ein Trend setzt sich offensichtlich fort, der inzwischen vom Statistischen Bundesamt bis Ende 1992 in den Grunddaten belegt ist: ein dramatischer Rückgang der Geburten, Eheschließungen und auch der Ehescheidungen seit 1989 in den ostdeutschen Ländern und Ost-Berlin, also in der ehemaligen DDR. Vergleicht man die Zahlen von 1988 und 1992, so läßt sich für die Geburten ein Rückgang von 60 Prozent, für die Eheschließungen von 65 Prozent und für die Ehescheidungen von 81 Prozent (bis 1991) ausmachen.

Anders als die Absolutzahlen reagieren jährliche oder quartalsmäßige Veränderungs-raten sehr empfindlich auf kurzfristige Instabilitäten. Dabei wird vom eigentlichen Niveau abstrahiert und die Betrachtung auf die Richtung, Intensität und Dauer der Schwingungen gelenkt. Beginn und Ende von Veränderungszyklen lassen sich dadurch verdeutlichen.

Der Geburtenrückgang von 1990 auf 1991 beträgt 40 Prozent von 1991 auf 1992 19 Prozent. Der Rückgang der Eheschließungen beträgt von 1990 auf 1991 50 Prozent und von 1991 auf 1992 5 Prozent. Den Quartalsvergleich von 4/90 bis 4/92 dokumentiert Graphik 1. Es handelt sich also um enorme Rückgänge mit Tiefpunkten im 2. Quartal 1991, die aber bis Ende 1992 andauern. Nur das Tempo des Rückgangs verringert sich, nicht der Rückgang selbst, der durch die Fläche unterhalb der Nulllinie gekennzeichnet ist. Demgegenüber sind die Veränderungen in den alten Ländern eher unauffällig.

Rückläufiger Anteil von Frühehen

Wir haben bereits 1990 prognostiziert, daß sich im Wandel der Sozialstruktur der DDR auch die dort so auffälligen Phänomene der Frühehen, frühen Geburten und frühen Scheidungen in Richtung westdeutscher

Muster verändern, d.h. zeitlich nach hinten verschieben werden. Es gibt einige Hinweise dafür, daß diese „Modernisierungstendenz“ wirksam ist. Hierzu können wir die Daten aus dem Land Thüringen für Eheschließungen nach dem Alter von Männern und Frauen für die Jahre 1990 und 1991 heranziehen. Danach verringert sich der Anteil der 18-24jährigen Männer an den Eheschließungen von 30 Prozent im Jahr 1990 auf 25 Prozent im Jahr 1991, bei den Frauen von 51 Prozent auf 44 Prozent. Betrachtet man die Lebendgeburten in Thüringen, so zeigt sich jedoch weder für eheliche noch für uneheliche Geburten eine Abhängigkeit des Rückgangs vom Alter der Mutter. Überwältigend ist der generelle Rückgang in allen Altersgruppen, sowohl bei den Geburten wie bei den Eheschließungen (Tabelle 1). So halten wir zwar die sozialstrukturelle Prognose in Ostdeutschland auf längere Frist aufrecht, eine Erklärung der aktuellen Rückgänge in Ost-

Inhalt

Eine demographische Revolution in Ostdeutschland?	1
Editorial	2
Kein Licht am Ende des Tunnels ...	6
System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik - Tabellenband erschienen -	6
Familie und Arbeit immer noch wichtiger als Freizeit	9
Neue Welle der Sozialberichterstattung in Südeuropa	13

Editorial

Mit der vorliegenden Ausgabe ist der Informationsdienst Soziale Indikatoren - ISI - zum zehnten Mal erschienen - ein kleines Jubiläum und Anlaß uns wieder einmal direkt an unsere Leser zu wenden. Die Absicht, Sozialwissenschaftler, aber mehr noch Interessenten aus der Politik, Verwaltung, der Wirtschaft und den Medien möglichst anschaulich und in knapper Form mit empirischen Informationen über die Entwicklung der Lebensbedingungen und Trends des gesellschaftlichen Wandels zu versorgen, hat erfreulich positive Resonanz gefunden. Das zeigen uns die wachsenden Abonnentenzahlen - ISI wird inzwischen an rund 1800 Personen und Institutionen im In- und Ausland verschickt - aber auch die zahlreichen positiven Rückmeldungen, die wir in Form von Zuschriften und im persönlichen Gespräch erhielten. Informationen, wie sie die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und Sozialberichterstattung bereitstellen, finden offensichtlich innerhalb und außerhalb der Wissenschaft ein beachtliches Interesse.

Daß der Informationsdienst seinen Zweck anscheinend erfüllt und von unseren Lesern als nützlich angesehen wird, freut uns. Mit der Auswahl der Themen, aber nicht zuletzt auch durch die Form der Präsentation versuchen wir uns primär an Ihrem Informationsbedarf und Ihren Interessen als Leser zu orientieren. Dabei sind wir freilich auch auf Ihre Mitwirkung angewiesen. Lassen Sie uns wissen, was Sie an unserem Informationsdienst gut finden, aber mehr noch, was Sie vermissen und wo Sie Anlaß zur Kritik sehen. Besonders dankbar sind wir auch für alle Hinweise auf Ergebnisse und laufende Forschungsarbeiten, Veranstaltungen, Initiativen und sonstige Aktivitäten, die einen Bezug zur Sozialberichterstattung haben und im Rahmen unseres Informationsdienstes berichtenswert sein könnten. Wir werden uns bemühen, Ihre Anregungen aufzugreifen und ISI auch weiterhin möglichst interessant für Sie zu gestalten.



Heinz-Herbert Noll
Leiter der
Abteilung Soziale Indikatoren

Tabelle 1: Eheschließungen und Lebendgeburten in Thüringen 1990 und 1991

	1990	1991	Rückgang in %
Eheschließungen			
nach Alter			
Männer			
18 - unter 24	4758	2071	56,5
24 - unter 30	6208	3085	50,3
30 und älter	4763	3150	33,9
insgesamt	15729	8306	47,2
Frauen			
18 - unter 24	8057	3694	54,2
24 - unter 30	4085	2275	44,3
30 und älter	3587	2337	34,8
insgesamt	15729	8306	47,2
Lebendgeburten			
nach Alter der Mutter			
15 - unter 24	13790	8760	36,5
24 - unter 30	11266	6446	42,8
30 und älter	3724	2264	39,2
insgesamt	28780	17470	39,3
davon unehelich			
15 - unter 24	6149	4392	28,6
24 - unter 30	2270	1616	28,8
30 und älter	741	527	28,9
insgesamt	9160	6535	28,7

Quelle: Statistische Berichte des Thüringischen Landesamtes für Statistik, Erfurt 1990; 1991.

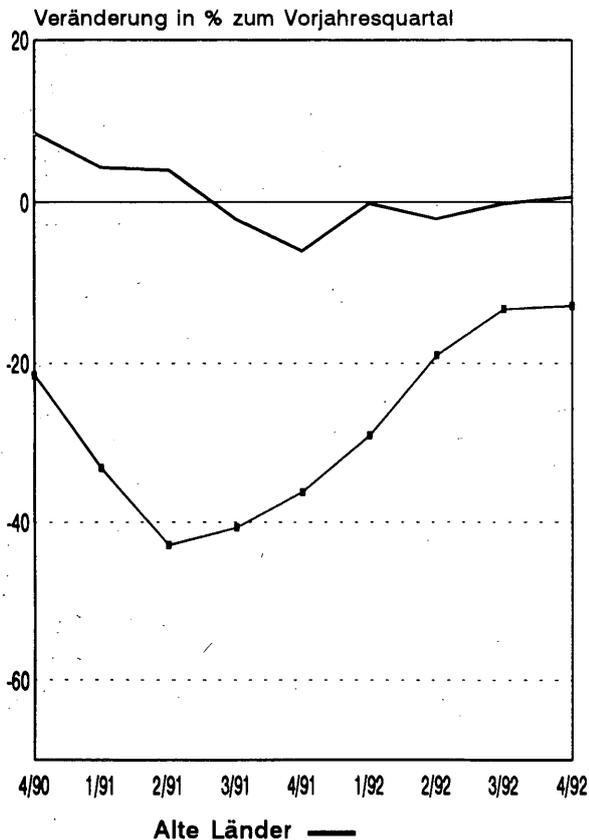
deutschland kann sie jedoch nicht liefern. Immerhin ist festzuhalten, daß der überproportionale Rückgang der jungen Ehen zusammenfällt mit der überproportionalen Abwanderung der jungen Altersgruppen. Von allen Fortzügen in Thüringen im Jahr 1990 entfallen bei den Personen über 18 Jahren allein 68 Prozent auf die 18-30jährigen, bei den Ledigen sogar 86 Prozent.

Geburtenrückgang und Rückgang der Eheschließungen auch im historischen Vergleich exorbitant.

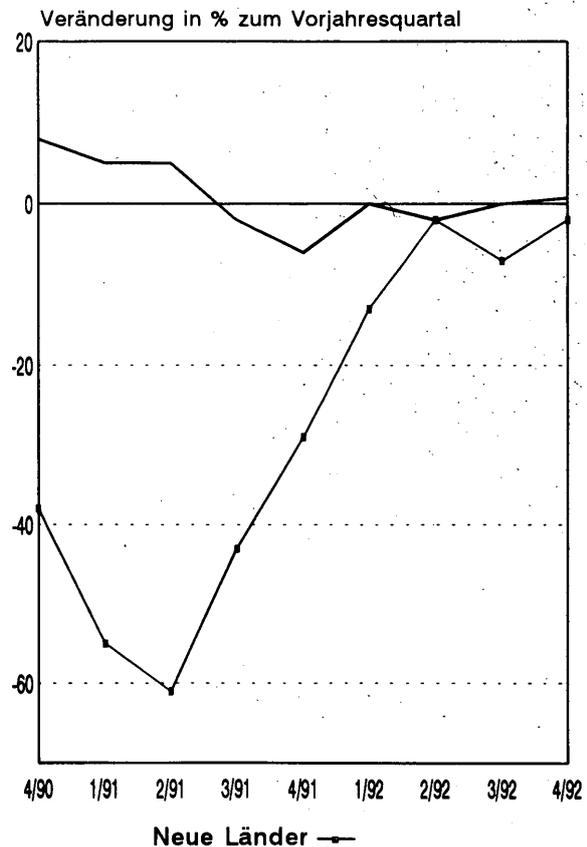
Im nächsten Schritt betrachten wir die ostdeutsche Entwicklung in einem längerfristigen Vergleich mit dem Deutschen Reich von 1910-1945 und mit der Bundesrepublik und der DDR von (1946) 1949-1989 (Graphiken 2 und 3). In diesem historischen Vergleich erweisen sich der Geburtenrückgang und der Rückgang der Ehe-

schließungen in Ostdeutschland tatsächlich als extraordinär. Die größten schlagartigen Geburtenrückgänge früherer Jahre finden wir im Ersten Weltkrieg mit 25 Prozent 1916 und 24 Prozent 1915. Der größte Rückgang im Zweiten Weltkrieg beträgt 19 Prozent im Jahr 1942, aber mit einem anschließenden Anstieg von 7 Prozent 1943! Demgegenüber ist der Rückgang in Ostdeutschland von 1990 auf 1991 mit 40 Prozent fast zweimal so hoch und der Rückgang von 1991 auf 1992 mit 19 Prozent ähnlich den harten Kriegsjahren. Der vielbeschriebene „Geburtenrückgang“ in der Bundesrepublik nach dem Babyboom erreichte maximal ein Minus von 10 Prozent im Jahr 1970. Der größte Einbruch zu DDR-Zeiten war 1972 mit 15 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die in diesem Jahr erfolgte Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs sowie die um diese Zeit eingeführte kostenlose Verschreibung der Pille werden als Erklärung für diesen Rück-

**Graphik 1
Geburten**



Eheschließungen



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

gang angeführt. Der nachfolgende Wiederanstieg gilt als „zweiter Babyboom der DDR“ und als Erfolg familien- und frauenpolitischer Maßnahmen (vgl. R. Geißler). Auch der Rückgang der Eheschließungen von 1990 auf 1991 in Ostdeutschland ist, bezogen auf die Veränderungsrate, ein historischer Rekord und höher als die Werte von 40 Prozent für 1915 und 24 Prozent für 1924. Insgesamt sehen wir, daß die Eheschließungen im Deutschen Reich noch empfindlicher auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wechsellagen reagieren als die Geburtenzahlen. Das gilt tendenziell auch für die DDR im Vergleich zur Bundesrepublik.

Rückgang der Ehescheidungen übertrifft alles bisher Dagewesene

Auch bei Ehescheidungen übertrifft der Rückgang in Ostdeutschland alle historischen Vorbilder. Der Rückgang von 1990 auf 1991 beträgt nicht weniger als 72 Pro-

zent und ist damit größer als die Anomalie von 1978 in der Bundesrepublik, als im Zusammenhang mit dem Ersten Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts die Zahl der Scheidungen innerhalb eines Jahres um 56 Prozent bzw. von 75 Tausend auf 33 Tausend sank.

Wie kann man diese demographischen Einbrüche, diese historisch extremen Veränderungen des demographischen Verhaltens erklären? Ist die Situation der Ostdeutschen heute schlimmer als im Krieg? Sind die demographischen Einbrüche Ausdruck einer gesellschaftlichen Anomie, die größer ist als in der Weltwirtschaftskrise und in den Hungerjahren nach 1945? Aus anderen Quellen wissen wir, wie groß die Ängste und Besorgnisse in Ostdeutschland sind, um wieviel größer als in Westdeutschland, und um wieviel die Lebenszufriedenheit unter der westdeutschen liegt. Wir wissen aber auch, daß die Zukunftserwartungen in Ostdeutschland noch immer positiv sind und die Zufriedenheiten in einzelnen Le-

bensbereichen (Warenangebot, Umwelt) sogar steigen. Die materielle Situation hat sich für die Mehrzahl der Ostdeutschen verbessert: die Einkommen sind für die Mehrheit trotz aller Preissteigerungen real gestiegen. Zugleich steigt aber die Arbeitslosigkeit und die Angst vor ihr -1992 und 1993 jedoch stärker als in den Jahren der größten demographischen Einbrüche, 1990 und 1991.

Die eingangs angestellte Quartalsbetrachtung zeigt den extremen Knick in den ersten drei Quartalen und dann einen „Rückgang des Rückgangs“. Diese Entwicklung hat die Gestalt eines „Schocks“, aber das ist nur eine Metapher. Daten aus dem Jahr 1993 stehen, außer aus Zeitungsmeldungen, noch nicht zur Verfügung. Die spannende Frage ist, ob sich die demographischen Werte für Ostdeutschland 1993 und in den kommenden Jahren auf einem niedrigen Niveau einpendeln, ob sie wieder auf die früheren Niveaus steigen werden oder ob sie in eine unregelmäßige Entwicklung übergehen. Im

ersten Fall hätten wir es mit einer „demographischen Revolution“ zu tun, die eine sozialstrukturelle Revolution indiziert, insbesondere dann, wenn nicht nur die vorhergesagten Anpassungen an westliche Geburten- und Heiratsmuster erfolgen, sondern sich Verhältnisse deutlich unterhalb westdeutscher Werte stabilisieren. Wahrscheinlicher ist jedoch der zweite Fall: der größere Teil der jetzt ausgefallenen Geburten und Eheschließungen, aber auch Scheidungen, wird in den nächsten Jahren nachgeholt. Dann wäre der jetzige „Schock“ ein Aggregat verschiedener Effekte, die eine Eigenschaft gemeinsam haben: es sind „kritische Lebensereignisse“, die der einzelne selbst beeinflussen kann. In dem rapiden und radikalen Transformationsprozeß der untergehenden DDR und nach der Vereinigung haben sich die in Frage kommenden Altersgruppen in Ostdeutschland von Belastungen zumindest zeitweise freigemacht, die sie „in der Hand haben“: Eheschließun-

gen, Geburten und Scheidungen. Die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen können sie viel weniger oder gar nicht beeinflussen.

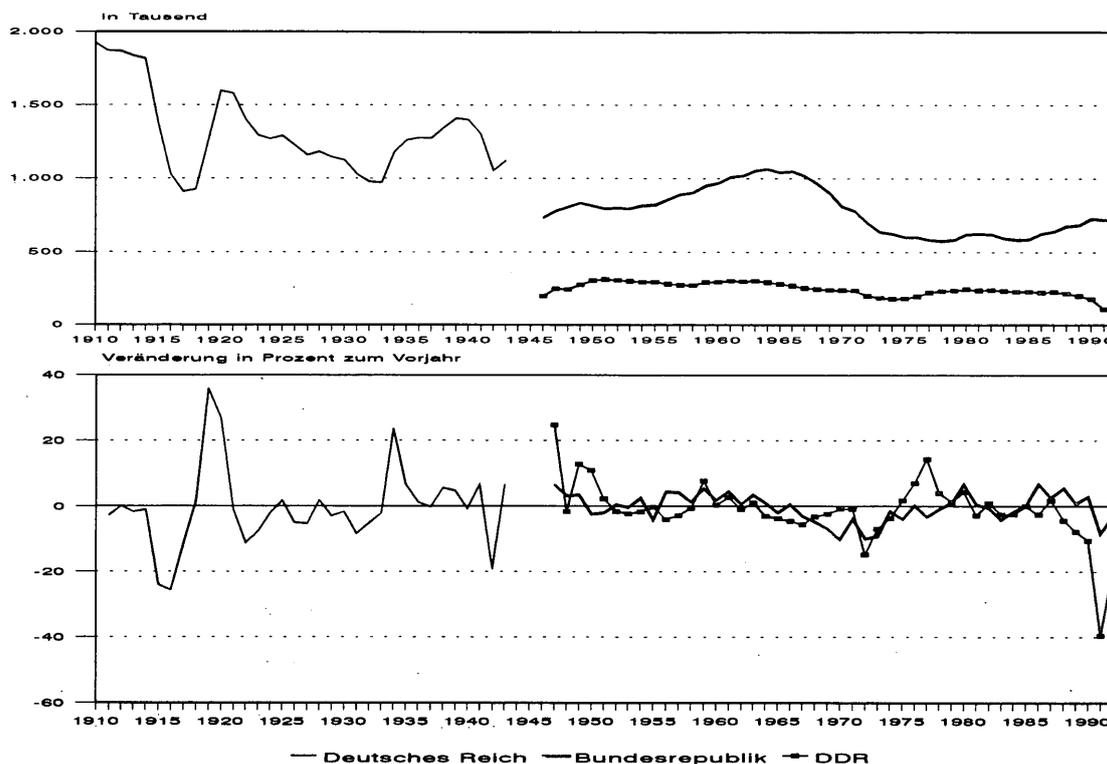
Demographische Einbrüche als Ergebnis individueller Strategien der Problembewältigung

Der plötzliche Rückgang der Ehescheidungen in der Bundesrepublik in den Jahren 1976 bis 1978 im Vorgriff und als Reaktion auf eine einschneidende Gesetzesänderung kann als ein Modell für ein solches Verhalten interpretiert werden. Die Ehescheidungen sind in der Bundesrepublik nach 1978 rasch wieder angestiegen (Graphik 4). Der grundlegende Unterschied zur ostdeutschen Entwicklung besteht aber darin, daß in diesem Fall die ceteris-paribus-Klausel, also die Konstanz aller weiteren Einflußgrößen vorausgesetzt werden kann. In der Ex-DDR

dagegen haben sich fast alle Rahmenbedingungen verändert. Man kann davon ausgehen, daß der demographische Sog seinen Tiefpunkt erreicht hat und sich langsam ein erkennbares demographisches Verhalten herausbildet. Dies bedeutet nicht nur ein Ansteigen der jetzigen demographischen Eckdaten, sondern auch eine allmähliche Veränderung von Lebensorientierungen sowie dem generativen und familialen Verhalten. Die Quartalsergebnisse 1992 für Eheschließungen deuten zumindest darauf hin, daß der Abwärtstrend zum Halten kommt.

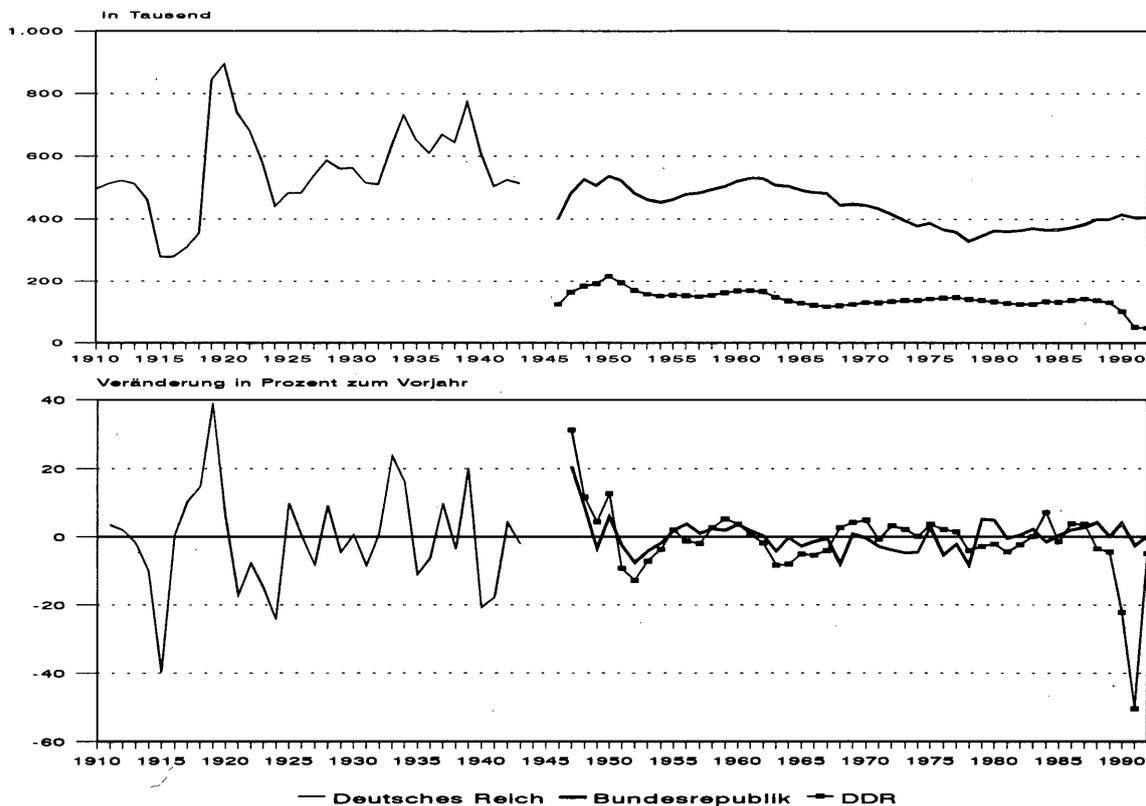
Fraglich ist, wie sich die ostdeutsche Entwicklung im bezug zu westdeutschen Standards darstellen wird bzw. ob überhaupt auf lange Frist relevante Unterschiede bestehen bleiben. Zu trennen sind dabei die kurzfristigen, oft dramatischen Anpassungsleistungen von langfristigem Wandel. In dem erfolgten Absturz und einem möglichen

Graphik 2
Geburten 1910 - 1992: Absolut und jährliche Veränderungsrate



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

Graphik 3
Eheschließungen: Absolut und jährliche Veränderungsrate



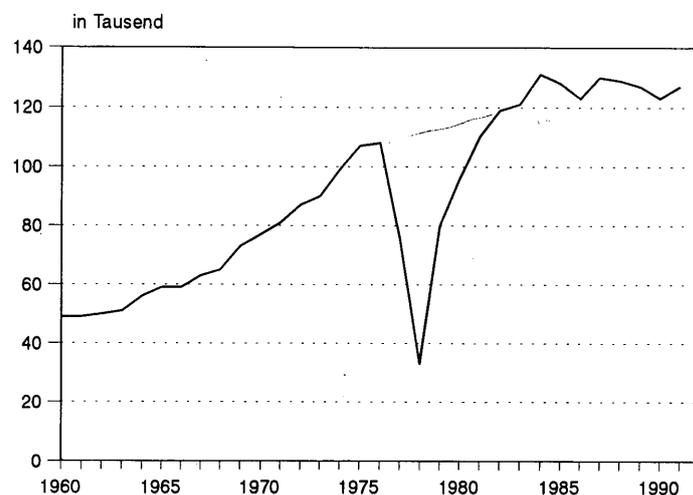
Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

Aufwärtstrend sind sozialstrukturelle Umgruppierungen, die ihre Evidenz erst über einen längeren Zeitraum gewinnen, durchaus enthalten.

Wir erklären also die gegenwärtigen demographischen Einbrüche in Ostdeutschland als die Aggregateffekte individueller Schockerfahrungen und Strategien zur Bewältigung von Übergangsproblemen. Die Prognose längerfristiger sozialstruktureller Veränderungen demographischer Verhaltensweisen in westdeutsche Richtung halten wir aufrecht.

Wolfgang Zapf / Steffen Mau
 Wissenschaftszentrum Berlin
 für Sozialforschung
 (Tel.: 030/25 49 15 03)

Graphik 4
Ehescheidungen in der Bundesrepublik (West)



Quelle: Statistisches Bundesamt, diverse Veröffentlichungen

System Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik: Zeitreihen 1950-1991

- Tabellenband erschienen -

Ein soeben erschienener Tabellenband präsentiert die Ergebnisse der gesellschaftlichen Dauerbeobachtung auf der Basis eines Systems Sozialer Indikatoren für die Bundesrepublik Deutschland, das in der ZUMA-Abteilung Soziale Indikatoren kontinuierlich fortgeschrieben und weiterentwickelt wird. Der von Heinz-Herbert Noll und Erich Wiegand herausgegebene Band enthält auf über 200 Seiten Zeitreihendaten von 1950 bis 1991 für zwölf Lebens- oder Politikbereiche:

- Bevölkerung
- Sozioökonomische Gliederung und SchichtEinstufung
- Arbeitsmarkt und Beschäftigungsbedingungen
- Einkommen und Einkommensverteilung
- Einkommensverwendung und Versorgung
- Verkehr
- Wohnung
- Gesundheit
- Bildung
- Partizipation
- Umwelt
- Öffentliche Sicherheit und Kriminalität

Die in der Regel nach verschiedenen Merkmalen aufgegliederten Indikatoren-Zeitreihen vermitteln ein empirisches Bild der Veränderung der Lebensbedingungen der Bevölkerung und des Wandels der Sozialstruktur über den gesamten Zeitraum der Existenz der Bundesrepublik in ihren früheren Grenzen.

Der Tabellenband wird gegen einen Unkostenbeitrag von DM 10,- abgegeben und kann bei ZUMA, Postfach 122155, 68072 Mannheim angefordert werden.

Kein Licht am Ende des Tunnels

Skeptische Einschätzungen der ökonomischen und politischen Lage in Mittel- und Osteuropa

In den Ländern Mittel- und Osteuropas findet zur gleichen Zeit eine völlige Umwälzung des politischen und des ökonomischen Systems statt. Vielfach wird davon ausgegangen, daß es keine Alternative zur Entwicklung in Richtung demokratisch verfaßter Marktwirtschaften gäbe und daß schnelle und radikale Reformen die beste Strategie zur Erreichung dieses Ziels seien. Dem Aufbau und der Konsolidierung demokratischer marktwirtschaftlicher Systeme steht jedoch ein Mangel an Zeit und Geld entgegen. Es gibt zudem eine Reihe von Problemfeldern wie das Fehlen intermediärer gesellschaftlicher Strukturen und die ethnische Heterogenität vieler Staaten. Somit besteht die Gefahr einer Herausbildung nichtdemokratischer Regimes statt einer Konsolidierung der demokratischen Strukturen. Nach Wolfgang Zapf zeichnen sich moderne Gesellschaften in erster Linie durch Marktwirtschaft, Massenkonsum und Konkurrenzdemokratie aus. Die Einstellungen der Bürger in den mittel- und osteuropäischen Länder zu diesen zentralen Elementen der angestrebten „Modernisierung“ sind aufschlußreiche Indikatoren für die spezifischen Chancen und Risiken im Prozeß der gesellschaftlichen Transformation.

OST-EUROBAROMETER 1990, 1991, 1992 als Datenbasis

Um die Entwicklung von Einstellungen im Prozeß der Transformation verfolgen zu können, sind Untersuchungen über die Zeit notwendig. Die Beantwortung der Frage, ob Entwicklungen in verschiedenen Ländern gleichmäßig oder unterschiedlich verlaufen, erfordert eine international vergleichende Perspektive. Die im Auftrag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften bisher durchgeführten drei Ost-Eurobarometer-Umfragen ermöglichen solche Analysen für mittel- und osteuropäische Länder von 1990 bis 1992: Umfragen in vier Ländern im Herbst/Winter 1990, zentral koordinierte Umfragen im Herbst 1991 in 10 Ländern und im Herbst 1992 in 18 Ländern. In diesem Beitrag werden nur die Länder einbezogen, für die Daten zu zwei oder drei Zeitpunkten zur Verfügung stehen.

Die Auswahl der Indikatoren folgt einer groben Zuordnung zu den oben genannten Kernelementen moderner Gesellschaften. Zuerst wird die allgemeine Akzeptanz des Aufbaus einer Marktwirtschaft untersucht. Der Aspekt des Massenkonsums wird mittels der Beurteilung der vergangenen und erwarteten wirtschaftlichen Lage der Privathaushalte operationalisiert. Die Einstellung zur Konkurrenzdemokratie wird über

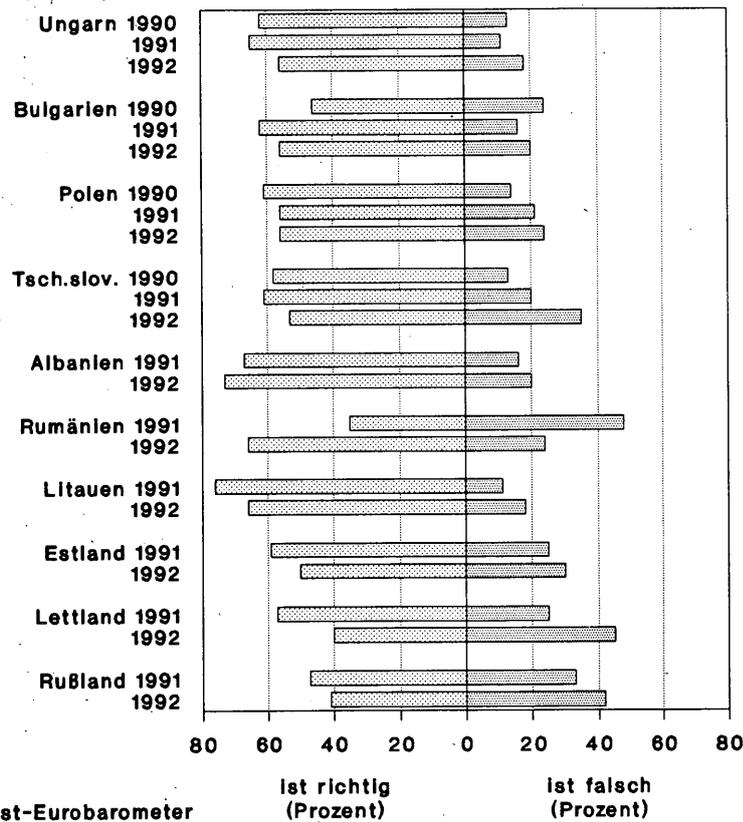
die Zufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie ermittelt.

Akzeptanz der Marktwirtschaft bröckelt

In den meisten der betrachteten Länder Mittel- und Osteuropas wurde der Aufbau einer Marktwirtschaft zu Beginn der neunziger Jahre von großen Mehrheiten befürwortet (Graphik 1). Gemessen durch die Frage „Haben Sie das Gefühl, daß die Schaffung einer freien Marktwirtschaft, das heißt einer Wirtschaft, die weitgehend frei von staatlicher Kontrolle ist, richtig oder falsch für die Zukunft (des jeweiligen Landes) ist?“ war die Unterstützung der Marktwirtschaft jedoch im Herbst 1992 geringer als in den Jahren zuvor und der Anteil der Opponenten höher. In den Ländern, in denen die Dreijahresperiode 1990 bis 1992 zu überblicken ist - Ungarn, Bulgarien, Polen, Tschechoslowakei - wurde der Aufbau einer freien Marktwirtschaft von einer deutlichen Mehrheit bis zu 65 Prozent der Befragten als „richtig“ eingeschätzt. Nach einer kontinuierlichen Zunahme der Opposition lehnten jedoch ein Drittel der tschechoslowakischen und ein Viertel der polnischen Befragten die Marktwirtschaft im Herbst 1992 ab.

In den Ländern, für die Daten aus den Jahren 1991 und 1992 zur Verfügung ste-

Graphik 1
Bewertung der Errichtung einer
Marktwirtschaft 1990 - 1992



Ost-Eurobarometer
 Nr. 1, 2, 3

hen, wurde die Marktwirtschaft von großen Mehrheiten zwischen 66 und 75 Prozent in Albanien und Litauen befürwortet. Dies waren die höchsten Zustimmungsraten unter allen betrachteten Ländern. Lehnte 1991 noch die Hälfte der Rumänen die Marktwirtschaft ab, so wurde sie ein Jahr später von zwei Dritteln der Befragten begrüßt. In Estland wurde in beiden Jahren die Marktwirtschaft mehrheitlich befürwortet, eine starke Minderheit lehnte sie jedoch ab. In Lettland war der stärkste Rückgang der Unterstützung der Marktwirtschaft zu verzeichnen: von 57 Prozent 1991 auf 40 Prozent 1992. Im europäischen Teil Rußlands stand bereits 1991 jeder Dritte in Opposition zur Marktwirtschaft, und ebenso wie in Lettland wandelte sich 1992 die Opposition zur Marktwirtschaft von einer Minderheits- zur Mehrheitsmeinung. Fast jeder zweite

Lette (45 Prozent, 1991 noch 25 Prozent) sowie 42 Prozent der Befragten Russen (1991: 33 Prozent) lehnten die Marktwirtschaft im Herbst 1992 ab. Als Fazit läßt sich festhalten, daß die Marktwirtschaft im mitteleuropäischen Raum durchweg mehrheitlich befürwortet wurde, wenn auch bei wachsender Opposition. Im osteuropäischen Raum wurde sie in Rußland und Lettland jedoch mehrheitlich abgelehnt.

Beurteilung der wirtschaftlichen Situation ist schlecht und weitere Verschlechterungen werden erwartet

Wenn wir uns der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Bevölkerung zuwenden, so zeigt sich, daß die steigende Skepsis gegenüber der Marktwirtschaft nicht zuletzt mit der desolaten Wirtschafts-

lage der Haushalte zusammenhängen dürfte. Die Beurteilung der Entwicklung in der Retrospektive (Frage: „Was würden Sie sagen, geht es Ihrem Haushalt im Vergleich zu vor 12 Monaten heute finanziell wesentlich besser, etwas besser, genauso, etwas schlechter, wesentlich schlechter?“) bietet ebenso wie die Prognose ein düsteres Bild (Frage: „Und erwarten Sie, daß es Ihrem Haushalt in den nächsten 12 Monaten ... gehen wird?“). Graphik 2 zeigt die Mittelwerte für beide Indikatoren, wobei ein Mittelwert von „3“ bedeuten würde, daß die Situation im Durchschnitt als unverändert wahrgenommen wird.

In Polen, Bulgarien, Ungarn und der Tschechoslowakei hat sich über drei Jahre hinweg die Einschätzung der wirtschaftlichen Situation der Haushalte kontinuierlich verschlechtert, wobei das Ausmaß der Verschlechterung etwas variiert. Auch die zukünftige Entwicklung wird weitgehend pessimistisch beurteilt. Einem Rückgang der pessimistischen Erwartungen zwischen 1990 und 1991 folgte eine Zunahme des Pessimismus in der Umfrage 1992. Nur in Bulgarien wurden 1991 und 1992 keine größeren Verschlechterungen erwartet. In Ungarn war der Pessimismus bezüglich der zukünftigen Entwicklung in den Jahren 1990 und 1992 - nach einem zwischenzeitlichen Rückgang 1991 - von allen betrachteten Ländern am höchsten. Die letztjährige Entwicklung ihrer Wirtschaftslage beurteilten die Ungarn 1991 und 1992 ebenfalls mit am schlechtesten von allen Ländern. Nur in einem Land - Rumänien - äußerten die Befragten in beiden Jahren leicht positive Zukunftserwartungen für ihre persönliche ökonomische Lage. In den baltischen Staaten führte das Jahr 1992 zu einer substantiellen Verschlechterung der Lage der Haushalte. In Rußland waren 1991 die Erwartungen am pessimistischsten von allen Ländern und 1992 waren nur die Ungarn und Letten noch pessimistischer als die Russen.

In jedem Land fiel die Beurteilung der Entwicklung der vergangenen 12 Monate teilweise wesentlich schlechter aus, als es für diese Periode vorher erwartet worden war. Dabei waren die Erwartungen keineswegs positiv gewesen. Bei der Beurteilung der privaten ökonomischen Lage gab es keine systematischen Unterschiede zwischen den Ländergruppen. In den meisten Ländern war die private Wirtschaftslage im betrachteten Zeitraum ähnlich schlecht, und für 1993 wurde eine weitere Verschlechterung erwartet. Die Voraussetzungen für

eine baldige Realisierung des Massenkonsums nach westlichem Muster sind damit wegen fehlender privater Kaufkraft nicht gegeben.

Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie wächst

Große Mehrheiten der Bevölkerungen in Mittel- und Osteuropa sind unzufrieden mit der Entwicklung der Demokratie, und die Unzufriedenheit ist zwischen Herbst 1991 und Herbst 1992 in fast allen Ländern teilweise beträchtlich gewachsen (Frage: „Sind Sie mit der Art und Weise, wie sich die Demokratie in (jeweiliges Land) entwickelt, alles in allem gesehen, sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden?“) (Graphik 3). In den zwei Ländern, in denen die Unzufriedenheit zwischen 1990 und 1991 zurückging, erreichte sie 1992 jedoch wieder in etwa das Niveau von 1990 (in Bulgarien mit 54 Prozent und in Ungarn mit 72 Prozent). In Polen gab es eine kontinuierliche Zunahme der Unzufriedenheit von 37 Prozent 1990 über 50 Prozent 1991 auf 57 Prozent 1992. In der Tschechoslowakei ist die hohe Zufriedenheitsrate (56 Prozent) im Jahr 1990 wahrscheinlich auf die erfolg-

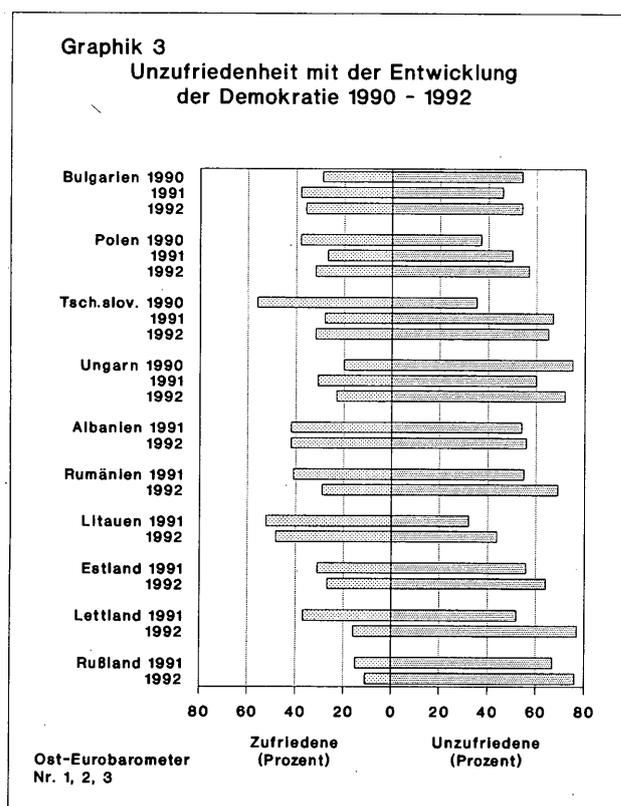
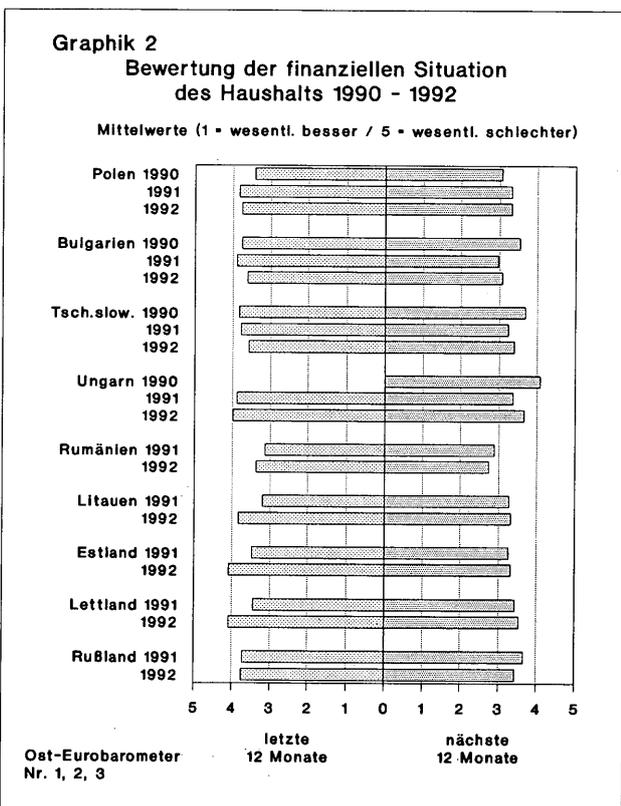
reiche Vorbereitung und Durchführung der Wahl vom Juni 1990 durch eine „Regierung der nationalen Verständigung“ zurückzuführen. Diese hohe Zufriedenheit mit der Demokratie wurde jedoch von großer und beständiger Unzufriedenheit abgelöst (67 bzw. 65 Prozent 1991 und 1992). Dies dürfte auch ein Ausdruck der Probleme sein, die in der Trennung des Landes resultierten, wobei die Unzufriedenheit in der Slowakei wesentlich höher war als in der Tschechischen Republik.

Ähnlich wie bei der Bewertung der Marktwirtschaft belegen Albanien und Litauen die beiden ersten Plätze bei einer Rangordnung der Demokratie-Zufriedenheit in den Jahren 1991 und 1992. Von allen Ländern waren jedoch nur in Litauen Mehrheiten von 52 bzw. 48 Prozent zufrieden mit der Entwicklung der Demokratie. In Lettland stieg die Unzufriedenheit zwischen 1991 und 1992 von 52 auf 77 Prozent am stärksten. Rußland belegte 1991 zusammen mit der Tschechoslowakei und 1992 zusammen mit Lettland die Spitzenplätze bei der Unzufriedenheit (67 bzw. 76 Prozent). Nur 15 beziehungsweise 11 Prozent der Russen waren 1991 und 1992 mit der Entwicklung der Demokratie zufrieden. Im bevölkerungs-

reichsten Nachfolgestaat der ehemaligen Sowjetunion hat die Konkurrenzdemokratie damit die bei weitem geringste Unterstützung.

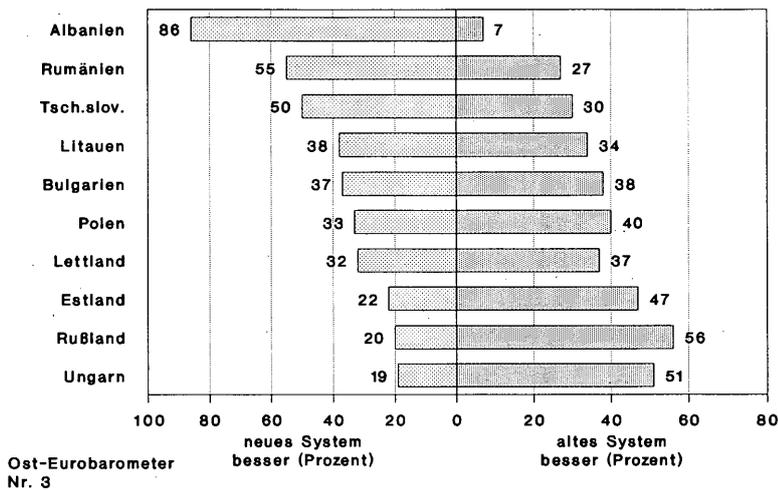
Wieder positive Beurteilung des alten politischen Systems - Sozialistische Nostalgie oder Mythos?

Zur Unzufriedenheit mit der Demokratie kommt im Herbst 1992 eine große Sympathie für das „alte“ politische System. (Frage: „Sind Sie alles in allem gesehen der Meinung, daß es Ihnen persönlich jetzt unter dem gegenwärtigen politischen System besser geht oder glauben Sie, daß es Ihnen unter dem vorherigen politischen System besser ging?“). Unabhängig davon, was die Befragten unter „alt“ oder „neu“ verstehen, zeigt Graphik 4, daß das neue politische System noch keinen großen Rückhalt in den meisten Ländern gewonnen hat. Da diese Frage nur 1992 gestellt wurde, sind keine Zeitvergleiche möglich. In Albanien, Rumänien und der Tschechoslowakei hielten absolute Mehrheiten das neue System für besser, in Litauen eine knappe relative Mehrheit von 38 Prozent. In allen anderen Ländern, sah eine Mehrheit der Befragten das alte System als besser an: 37 Prozent in



Graphik 4

Beurteilung des neuen Systems im Vergleich zum alten System 1992



Lettland, bis zu 47 Prozent in Estland, 51 Prozent in Ungarn und 56 Prozent in Rußland.

Gesellschaften im Übergang stehen unter Dauerstreß

Die Ergebnisse zeigen in den betrachteten Ländern Mittel- und Osteuropas eine abnehmende Akzeptanz der Marktwirtschaft, eine desolante Einschätzung der eigenen

Finanzlage, eine große Unzufriedenheit mit der Entwicklung der Demokratie in den jeweiligen Ländern und eine beträchtliche Sympathie für das alte politische System im Herbst 1992. Damit zeigen die Indikatoren zu den drei Kernelementen „moderner“ Gesellschaften Marktwirtschaft, Massenkonsum und Konkurrenzdemokratie ein vorwiegend skeptisches Bild. Sie scheinen die kritischen Einschätzungen der vielfältigen Probleme und der Risiken im Transformationsprozeß in Richtung „moderne“ Gesellschaften westlichen Typs zu bestätigen.

Wie wir aus der Forschung zur Geschichte der politischen Kultur in der Bundesrepublik wissen, führte hauptsächlich der ökonomische Erfolg (Wirtschaftswunder) zur Akzeptanz des demokratischen politischen Systems. Auf der Grundlage des Konzepts der politischen Kultur hat Max Kaase eine ausführliche Analyse der politischen Konsolidierung in den Ländern Mittel- und Osteuropas vorgelegt. Diese Analyse sowie die empirischen Ergebnisse der Ost-Eurobarometer bestätigen: Der ökonomische Erfolg ist die Voraussetzung der Entwicklung zur Demokratie. Auf dem Hintergrund der Erfahrungen in den neuen Bundesländern, in denen der Übergang zur Marktwirtschaft trotz massiver Transferzahlungen zum Niedergang der Industrieproduktion geführt hat, ist jedoch mit einer längeren Streßperiode ökonomischer Dauerprobleme zu rechnen. Inwieweit der Aufbau und die Konsolidierung „moderner“ Gesellschaften in den Ländern Mittel- und Osteuropas stattfinden kann, ist auf der Basis der Daten über einen so kurzen Zeitraum kaum vorherzusagen, aber eine Prognose würde eher skeptisch als optimistisch ausfallen.

Jürgen Hofrichter
Zentrum für Europäische
Umfrageanalysen und Studien
(Tel.: 0621/292-8476)

Familie und Arbeit immer noch wichtiger als Freizeit

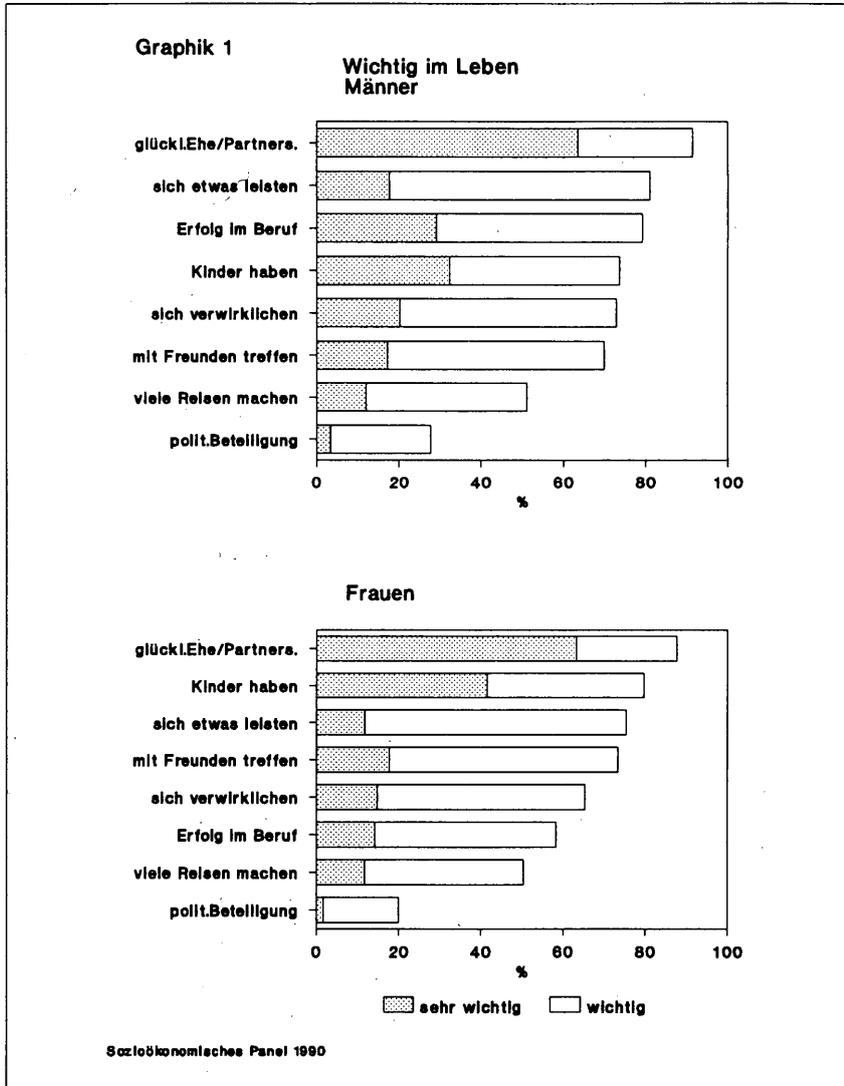
Wertorientierungen, Arbeitszeitwünsche und Freizeitaktivitäten

In der öffentlichen Diskussion wurde auf dem Hintergrund des Wandels von Wertorientierungen, Forderungen zur Verkürzung der Arbeitszeit, aber auch der rückläufigen Geburtenrate die Bedeutung von Arbeit und Familie in Frage gestellt. Eine Entwicklung zur Freizeitgesellschaft, in der die Berufarbeit ihren Vorrang verliert und auch die Bedeutung von Familie und Kindern erheblich sinkt, wurde postuliert.

Im Folgenden wird untersucht wie wichtig der deutschen Bevölkerung verschiedene Bereiche des Lebens, insbesondere Beruf, Familie und Freizeit sind, ob die Vereinbarkeit von Familie und Beruf als Problem

angesehen wird und welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang als zweckmäßig erachtet werden. Weiterhin werden Wunsch und Wirklichkeit der Arbeitszeitgestaltung gegenübergestellt und die Häufigkeit von

Freizeitaktivitäten analysiert. Im Vordergrund steht die Fragestellung inwieweit Ehepartner und unverheiratet zusammenlebende Paare diesbezüglich in ihren Beurteilungen und Wünschen übereinstimmen. Datengrundlage ist das Sozioökonomische Panel, bei dem seit 1984 jährlich alle Personen ab 16 Jahren aus einer Stichprobe von ursprünglich mehr als 5000 Haushalten der Wohnbevölkerung befragt werden. In der Befragungswelle vom Frühjahr 1990 wurden Informationen zur Zeitverwendung und zu Bewertungen und Wünschen in Beruf und Freizeit erhoben. In diesem Jahr wurde erstmals auch die Bevölkerung der ehemaligen DDR in die Erhebung einbezogen, allerdings mit einem anderen Frageprogramm. Die Analysen beziehen sich deshalb nur auf die deutsche Wohnbevölkerung der damaligen Bundesrepublik Deutschland.



Ehe und Partnerschaft haben zentralen Stellenwert im Leben

Es zeigt sich, daß der materielle Wohlstand für den überwiegenden Teil der westdeut-

schen Bevölkerung eine hohe Bedeutung hat. 74 Prozent der Männer und sogar 80 Prozent der Frauen halten es für sehr wichtig oder wichtig, sich etwas leisten zu können. Im Zusammenhang damit dürfte auch

der hohe Stellenwert stehen, der der Berufsarbeit zugemessen wird: 29 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen erachten Erfolg im Beruf als sehr wichtig in ihrem Leben. 50 Prozent der Männer und 44 Prozent der Frauen als wichtig.

Ehe und Partnerschaft stehen in der Wichtigkeitsrangfolge der westdeutschen Bevölkerung an erster Stelle. Die überwiegende Mehrheit der Befragten, d.h. mehr als 90 Prozent der Männer und 88 Prozent der Frauen beurteilen eine glückliche Ehe oder Partnerschaft mindestens als wichtig für ihr Leben, jeweils fast zwei Drittel der Befragten sogar als sehr wichtig. Eine ausgesprochene Familienorientierung mit Kindern als zentralem Bestandteil des Lebens ist weniger verbreitet. 32 Prozent der Männer und 42 Prozent der Frauen geben an, daß Kinder zu haben, sehr wichtig für ihr Leben ist, jeweils ca. 40 Prozent, daß es wichtig ist. Weniger zentral, aber dennoch in größerem Umfang als wichtig eingestuft wird die Freizeit. Betrachtet man die Wichtigkeit Reisen zu unternehmen dafür als Indikator, so geben jeweils 12 Prozent der Männer und Frauen an, daß dies sehr wichtig und mehr als 36 Prozent, daß dies wichtig für ihr Leben ist.

In der Rangfolge der Wichtigkeitseinstufungen wird deutlich, daß Frauen im Vergleich zu Männern eine stärkere Familienorientierung und eine geringere Berufsorientierung zeigen. Besonders Kinder zu haben hat bei Frauen, wie zu erwarten, eine hohe und der berufliche Erfolg eine geringere Priorität.

Die Untersuchung, wie ähnlich sich Ehe- und Lebenspartner in ihren Beurteilungen sind, führt zu folgenden Befunden: Darin, daß es wichtig ist, eine glückliche Ehe oder Partnerschaft zu führen, stimmen die Partnerangaben zu fast 100 Prozent überein.

Tabelle 1: Konstellationen der Wichtigkeitseinstufung bei Ehe- und Lebenspartnern

	beiden wichtig %	Frau wichtig - Mann unwichtig %	Frau unwichtig - Mann wichtig %	beiden unwichtig %
glückl. Ehe/Partnerschaft	99	1	1	0
Kinder haben	82	6	4	9
etwas leisten können	69	9	12	10
Beruf	54	6	24	17
viel mit Freunden zus. sein	54	16	10	20
Welt sehen/reisen	33	14	12	41

Datenbasis: Sozioökonomisches Panel, 1990.

Bei 54 Prozent halten Männer und Frauen übereinstimmend den Erfolg im Beruf für wichtig. Bei fast einem Viertel der Partner betrachtet nur der Mann den Erfolg im Beruf als wichtig. 17 Prozent der Paare stimmen darin überein, daß Erfolg im Beruf nicht wichtig ist. In dieser Kategorie sind vor allem ältere Personen vertreten, die bereits das Rentenalter erreicht haben.

Für die Lebensplanung und auch das subjektive Wohlbefinden in einer Partnerschaft hat der Kinderwunsch einen ganz zentralen Stellenwert. So stimmt auch die große Mehrheit von 82 Prozent der Paare darin überein, daß Kinder wichtig für ihr Leben sind. Neun Prozent der Paare sind sich darin einig, daß Kinder keine so zentrale Rolle in ihrem Leben spielen und bei weiteren 9 Prozent gibt es in dieser Frage keinen Konsens.

Bei der Bewertung der Freizeitaktivität „die Welt sehen, viele Reisen machen“ sind bei mehr als zwei Drittel der Partner übereinstimmende Antworten festzustellen. Allerdings stimmen die meisten Paare (41 Prozent) darin überein, daß Reisen für ihr Leben nicht wichtig ist. Ein Drittel hält „Reisen und die Welt sehen“ übereinstimmend für wichtig, während ein Viertel der Paare unterschiedliche Bewertungen abgibt. In der Rangfolge dessen, was beide Partner übereinstimmend als wichtig erachten, zeigt sich die hohe Bedeutung des privaten Bereichs noch akzentuierter als nur auf der Grundlage der individuellen Daten ohne Berücksichtigung des Partnerkontextes.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf für viele ein Problem

Gegenüber der eher traditionellen Rollenverteilung, bei der der Mann berufstätig und die Frau für Familie und Haushalt zuständig ist, wirft die Erwerbstätigkeit von Frauen bei unveränderter Arbeitsteilung im

Haushalt, das Problem der Doppelbelastung von Haushalt und Beruf auf. Für 20 Prozent der Männer und 29 Prozent der Frauen ist es ein Problem, die Zeit für den Beruf und die Aufgaben in der Familie und im Haushalt zu vereinbaren. Befragt wurden hierzu Erwerbstätige und Personen mit dem Wunsch innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die Unterschiede zwischen voll- und teilzeitbeschäftigten Frauen sind dabei überwiegend gering.

Als Maßnahmen, die geeignet erscheinen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, steht bei den Befragten eine flexiblere Arbeitszeitgestaltung im Vordergrund. 15 Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen erachten diese Maßnahmen als sehr wichtig, 41 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen als wichtig. Der Verkürzung der Wochenarbeitszeit kommt in diesem Zusammenhang ein geringerer Stellenwert zu. Nur neun Prozent der Männer und 14 Prozent der Frauen betrachten entsprechende Maßnahmen als sehr wichtig, etwa ein weiteres Drittel der Männer immerhin als wichtig.

Tatsächliche und gewünschte Arbeitszeit stimmen bei Frauen weniger überein als bei Männern

Neben diesen eher allgemeinen Bewertungen von Möglichkeiten die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, ist es aufschlußreich wie Wunsch und Wirklichkeit in der Länge der Wochenarbeitszeit übereinstimmen. Nach der gewünschten Wochenarbeitszeit wurden Erwerbstätige und Personen, die innerhalb der nächsten fünf Jahre eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollen, unter der Bedingung gefragt, daß sich der Verdienst an der Arbeitszeit orientiert. Die tatsächliche und die gewünschte Wochenarbeitszeit wurde jeweils so klassifiziert, daß alle Personen bis ein-

Tabelle 2: Verteilung von tatsächlicher und gewünschter Wochenarbeitszeit

tatsächl. Arbeitszeit	Männer %	Frauen %
bis 20 Std.	4	21
21 - 35 Std.	2	18
36 + Std.	95	62
gewünschte Arbeitszeit		
bis 20 Std.	3	32
21 - 35 Std.	27	34
36 + Std.	70	34

Datenbasis: Sozioökonomisches Panel, 1990.

schließlich 20 Wochenstunden, über 20 bis 35 Wochenstunden und 36 und mehr Wochenstunden jeweils in einer Gruppe zusammengefaßt wurden.

In der Gruppe mit 36 und mehr Stunden tatsächlicher Wochenarbeitszeit sind die Anteile bei Männern mit 95 Prozent und auch bei Frauen mit 62 Prozent am höchsten. Die gewünschte Wochenarbeitszeit ist bei Frauen dagegen fast gleichmäßig auf die drei Gruppen verteilt, aber auch 30 Prozent der Männer möchten weniger als 36 Stunden pro Woche arbeiten, unter 21 Stunden allerdings nur drei Prozent.

Der Vergleich von gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit ergibt, daß mehr als zwei Drittel der Männer mindestens 36 Stunden pro Woche arbeiten und dies auch ihren Präferenzen entspricht. Die zweite größere Gruppe bei den Männern hat eine tatsächliche Arbeitszeit von mindestens 36 Stunden und eine Wunscharbeitszeit von 21 bis 35 Stunden. Ein Teil der Männer würde also lieber einige Stunden pro Woche weniger arbeiten. Bei den Frauen sind diese beiden Typen zwar auch am stärksten

Tabelle 3: Beziehung zwischen tatsächlicher und gewünschter Wochenarbeitszeit

Wunsch-arbeitszeit	tatsächliche Arbeitszeit					
	Männer %			Frauen %		
	bis 20 Std.	21-35 Std.	36 + Std.	bis 20 Std.	21 - 35 Std.	36 + Std.
bis 20 Std.	1	0	1	16	7	5
21 - 35 Std.	1	1	25	2	11	22
36 + Std.	2	1	69	2	1	35

Datenbasis: Sozioökonomisches Panel, 1990.

besetzt, aber die Konzentration auf die Gruppe mit der Wunscharbeitszeit und Arbeitszeit von mindestens 36 Wochenstunden ist mit 35 Prozent nur halb so groß wie bei den

Familie genannt, von Männern dagegen eher, daß sie gerne mehr Zeit für andere Dinge wie z.B. Freizeit oder Ausbildung hätten.

Gegenseitige Besuche von Freunden als häufigste Freizeitaktivitäten

Ein erheblicher Teil der erwerbstätigen Männer, besonders aber der Frauen wünscht sich weniger Arbeitszeit und damit auch mehr ungebundene Zeit. Gegenüber der Arbeitszeit zeichnet sich die Freizeit durch ein größeres Maß an Wahlfreiheit bezüglich der Zeitverwendung aus.

Tabelle 4: Konstellationen der gewünschten Wochenarbeitszeit bei Ehe- und Lebenspartnern

Angaben des Mannes	Angaben der Frau %		
	bis 20 Std.	21 - 35 Std.	36 + Std.
bis 20 Std.	2	1	0
21 - 35 Std.	12	13	3
36 + Std.	32	20	17

Datenbasis: Sozioökonomisches Panel, 1990.

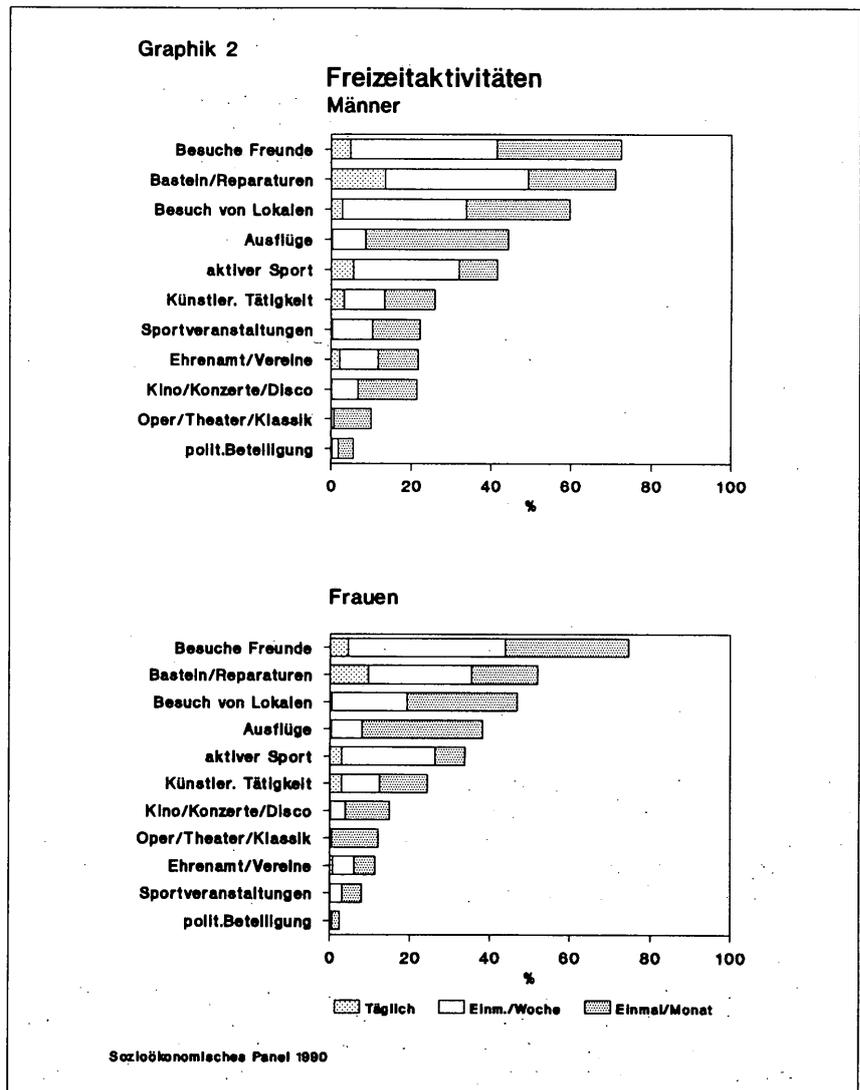
Männern. Eher gering ist der Anteil von Frauen, der sich einen höheren Arbeitszeitumfang wünscht. Bei allen Gruppen der tatsächlichen Arbeitszeit präferiert ein Teil der Frauen auch 20 Stunden und weniger pro Woche. Bei Frauen findet sich nicht nur eine stärkere Streuung der tatsächlichen Arbeitszeit, auch die Arbeitszeitwünsche divergieren stärker von der tatsächlichen Arbeitszeit als bei den Männern.

Viele Erwerbstätige, auch Männer, wären bereit auf Einkommen zu verzichten und vom Umfang ihrer Erwerbsarbeit etwas abzugeben. Hier ist ein Potential für eine arbeitsmarktpolitisch relevante breitere Verteilung der tatsächlichen Arbeitszeiten. Die Wünsche in der Bevölkerung der alten Bundesländer kommen in starkem Maße auch Arbeitszeitmodellen entgegen, die Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich bei flexibleren Arbeitszeiten in den Mittelpunkt stellen.

Betrachtet man die Konstellationen der gewünschten Wochenarbeitszeit bei Ehe- und Lebenspartnern, so zeigt die Gruppe in der der Mann mindestens 36 Stunden wünscht und die Frau bis 20 Stunden oder 21 bis 35 Stunden - d.h. die Kombination von Ganztags- und Teilzeiterwerbstätigkeit, die stärkste Besetzung. Nur bei wenigen Paaren präferiert die Frau eine höhere Arbeitszeit als der Mann. Etwa ein Viertel der Partner wünscht sich übereinstimmend eine Arbeitszeit von weniger als 36 Wochenstunden.

Als Gründe für den Wunsch nach Teilzeitarbeit (bis 35 Wochenstunden) wird von Frauen in erster Linie der Wunsch nach mehr Zeit für den Partner oder für die

Auf die Frage wieviel Zeit für Hobbies und andere Freizeitaktivitäten an normalen Werktagen aufgebracht wird, wird durchschnittlich etwa zwei Stunden angegeben. Besonders häufig werden in der Freizeit Tätigkeiten, die der Haushaltsproduktion zugeordnet werden können ausgeübt: Basteln, Reparaturen an Haus, Wohnung oder



Auto, sowie Gartenarbeiten werden von 12 Prozent der Befragten täglich und von weiteren 30 Prozent mindestens einmal pro Woche ausgeübt. Darauf, daß hier eine eher traditionelle Aufgabenteilung zwischen Männern und Frauen eine Rolle spielt, deutet der höhere Männeranteil bei diesen Aktivitäten hin.

Zu den häufig ausgeübten Freizeitaktivitäten gehören neben dem Besuch von Freunden, der Besuch von Restaurants, Gaststätten und Cafe's, aber auch kürzere Reisen und Ausflüge. Daneben treiben auch etwa 30 Prozent der Befragten mindestens einmal pro Woche Sport. Das trifft nicht nur für die jüngeren Männer und Frauen zu,

auch von den älteren Menschen über 60 Jahren sind etwa 20 Prozent mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv.

Darauf, daß auch der Freizeitbereich in starkem Maße durch Bedürfnisse der Familien und Haushalte bestimmt wird, weist der hohe Umfang von Aktivitäten im Bereich der Haushaltsproduktion hin. Berufarbeit ist bei den meisten Männern und Frauen auch heute ein wichtiger Bestandteil des Lebens, wenn auch ein Teil der Erwerbstätigen, vor allem Frauen, sich weniger Arbeitszeit wünscht

Stefan Weick
(Tel.: 0621/18004-27)

Neue Welle der Sozialberichterstattung in Südeuropa

Als eine spezifische Form der Produktion, Verbreitung und Präsentation gesellschaftlich relevanten Wissens hat sich die Sozialberichterstattung heute in den Informationssystemen vieler Länder und supranationaler Organisationen fest etabliert. Die Funktion der Sozialberichterstattung besteht vor allem darin, auf einer adäquaten empirischen Basis „über gesellschaftliche Strukturen und Prozesse sowie über die Voraussetzungen und Konsequenzen gesellschaftspolitischer Maßnahmen regelmäßig, rechtzeitig, systematisch und autonom zu informieren“ (W. Zapf). Dabei geht es primär darum, regelmäßig Informationen bereitzustellen, die eine umfassende Bewertung der allgemeinen Lebensbedingungen der Bevölkerung und deren Wandel über die Zeit ermöglichen. Periodisch erscheinende „Social Reports“, die diesem Anspruch genügen, werden inzwischen in der Mehrzahl der europäischen Staaten - zumeist unter der Regie oder in Kooperation mit dem jeweiligen Statistischen Amt - veröffentlicht. In Deutschland ist es der „Datenreport“, der dieser spezifischen Publikationsform am ehesten entspricht. Mit einer Serie von erstmals erschienenen Reports wurden nun auch die Lücken in der Verbreitung der Sozialberichterstattung, die bisher besonders im Süden Europas noch bestanden, weitgehend geschlossen.

Während die „Klassiker“ unter den Social Reports, wie z.B. die britischen „Social Trends“, der niederländische „Social and Cultural Report“ oder die französischen „Données Sociales“ - deren jüngste Ausgabe von 1993 erst vor wenigen Wochen erschienen ist - bereits seit rund zwei Jahrzehnten regelmäßig veröffentlicht werden, fehlte diese Form der gesellschaftlichen Berichterstattung in den südlichen Ländern Europas bis vor kurzem fast völlig. In Spanien wurde zwar bereits 1974 mit „Panoramica Social“ eine Art Sozialbericht veröffentlicht und auch in Italien gab es verschiedene Anläufe eine Sozialbericht-

erstattung zu etablieren - wie z.B. die Berichte der Fondation CENSIS und des ISPES-Instituts dokumentieren - aber eine wirkliche Institutionalisierung hatte bisher nicht stattgefunden. Zu Beginn der neunziger Jahre wurden Sozialberichte oder Kompendien von Sozialen Indikatoren erstmals oder in neuer Form gleich von mehreren südeuropäischen Ländern - Italien, Portugal, Spanien, Türkei sowie Zypern veröffentlicht, so daß man ohne Übertreibung von einer neuen Welle der Sozialberichterstattung sprechen kann (Übersicht 1). Der neue ungarische Report weist exemplarisch darauf hin, daß die Sozialberichterstattung

auch in einigen der ehemals sozialistischen Länder an Bedeutung gewinnt. Der Aufschwung, den die Sozialberichterstattung in diesen Ländern nimmt, hängt offenbar nicht nur mit dem Ausbau und der Reformierung der statistischen Infrastruktur, sondern auch mit der gesellschaftlichen Modernisierung zusammen, die in verschiedenen Ländern im Süden und Osten Europas gegenwärtig zu verzeichnen ist.

Italien

Der italienische Report „Sintesi della Vita Sociale Italiana“ bietet auf insgesamt 160 Seiten eine kompakte Beschreibung des Wandels und der Ungleichheit der Lebensverhältnisse in neun Bereichen, denen jeweils ein Kapitel gewidmet ist (Übersicht 2). Die statistischen Zeitreihen und Strukturdaten werden in Form von einfachen Tabellen und Schaubildern präsentiert. Die empirischen Informationen werden in den dazugehörigen Texten vergleichsweise ausführlich erläutert, kommentiert und interpretiert. Der Bericht beschränkt sich auf Informationen über sozialstrukturelle Aspekte und die objektiven Lebensbedingungen. Das subjektive Wohlbefinden, Bewertungen und Einstellungen der italienischen Bevölkerung bleiben unberücksichtigt. Das Datenmaterial entstammt überwiegend der amtlichen Statistik. Die entsprechenden Quellenangaben finden sich jeweils am Ende der Kapitel. Die verwendeten Indikatoren sind in der Regel nach verschiedenen sozialrelevanten Merkmalen disaggregiert, wobei dem regionalen Vergleich - den Besonderheiten der italienischen Verhältnisse entsprechend - besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Internationale Vergleiche werden dagegen nur in wenigen Ausnahmefällen angestellt. In seinem äußeren Erscheinungsbild wirkt der italienische Bericht eher bescheiden; auf besondere gestalterische Elemente wird weitgehend verzichtet. Alles in allem handelt es sich bei den „Sintesi della Vita Sociale Italiana“ um einen Social Report der den Leser über die wichtigsten Aspekte der Sozialstruktur der italienischen Gesellschaft sowie den Wandel und die Ungleichheit der objektiven Lebensbedingungen in knapper Form, aber dennoch umfassend informiert.

Portugal

„Portugal Social“, der 1992 erstmals erschienene portugiesische Sozialbericht besticht schon rein äußerlich und fällt durch

seinen farbigen Druck, aber mehr noch durch eine vorbildliche graphische Gestaltung positiv auf. In insgesamt zwölf Kapiteln werden die Lebensbedingungen und gesellschaftlichen Verhältnisse mit Hilfe von Tabellen und Schaubildern sowie kurzen Texten kommentiert und beschrieben. Das letzte Kapitel des Reports ist der Stellung Portugals in der Europäischen Gemeinschaft gewidmet und stellt zentrale Indikatoren im EG-Vergleich dar. Die Darstellung beschränkt sich auch hier auf objektive Indikatoren - die am Ende eines jeden Kapitels jeweils sorgfältig definiert und erläutert werden - und Daten der amtlichen Statistik. Der Beobachtungszeitraum ist vergleichsweise kurz und von wenigen Ausnahmen abgesehen auf die Jahre 1985-1990 begrenzt. Sieht man von derlei Beschränkungen ab, hat das Nationale Statistische Amt Portugals mit „Portugal Social“ einen Sozialbericht vorgelegt, der auch den Vergleich mit etablierten Vorbildern nicht zu scheuen braucht und ganz sicher zu den besten Informationsquellen über die sozialen Verhältnisse in diesem noch vergleichsweise jungen Mitglied der Europäischen Gemeinschaft zählt. Eine periodische Erscheinungsweise von „Portugal Social“ ist fest geplant, ohne daß ein Erscheinungstermin der nächsten Ausgabe bereits bekannt ist.

Spanien

Nachdem bereits 1974 „Panoramica Social“ als einmalige Publikation erschienen war, hat auch das spanische Amt für Statistik die Idee der Sozialberichterstattung neuerdings wieder aufgenommen und als Resultat einer eigens dafür eingerichteten Projektgruppe mit „Indicadores Sociales“ 1991 erneut einen Sozialbericht - wenn auch zunächst nur in der Form einer Nullnummer - vorgelegt. Obgleich der Report in seinem äußeren Erscheinungsbild bisher noch vorläufigen Charakter hat und unfertig wirkt, wird bereits deutlich, daß es sich hier um einen methodisch wie auch von seiner inhaltlichen Zielsetzung her vergleichsweise ambitionierten Report handelt. Darauf deutet nicht nur hin, daß „Indicadores Sociales“ sich explizit in die Tradition der Sozialindikatoren- und Wohlfahrtsforschung einordnet, sondern auch, daß die Auswahl der Indikatoren - im Unterschied zu der Mehrzahl der übrigen Reports dieser Art - systematisch abgeleitet und begründet wird. Das Wohlfahrtskonzept, das der Systematisierung von Meßdimensionen zugrundeliegt, folgt weitgehend dem Res-

ourcenparadigma der skandinavischen Wohlfahrtsforschung. Das impliziert, daß subjektive Indikatoren der Lebensqualität in diesem Rahmen nur von untergeordneter Bedeutung sind.

Abgesehen von einem Einleitungsteil, der den theoretischen Bezugsrahmen, die Zielsetzungen und Methodologie dieses Projektes einer spanischen Sozialberichterstattung vorstellt, umfaßt der vorliegende Bericht von 1991 zwei Teile. Der erste Teil informiert über Zustand und Wandel der Lebensbedingungen in insgesamt zehn Lebensbereichen (Übersicht 2). Die einzelnen Kapitel enthalten eine Reihe von Tabellen und Schaubildern, die in kurzen Texten kommentiert werden. Der Beobachtungszeitraum konzentriert sich auf die achtziger Jahre, aber einzelne Zeitreihen gehen auch bis in die sechziger Jahre zurück. Pro Lebensbereich wird für mindestens einen Indikator auch ein internationaler Vergleich, der in der Regel die EG-Länder umfaßt, angestellt. Das Konzept der „Indicadores Sociales“ sieht vor, den zweiten Teil des Reports jeweils einer monographischen Analyse vorzubehalten. Im Mittelpunkt des vorliegenden Berichts von 1991 steht dabei die regionale Ungleichheit der Lebensverhältnisse und sozioökonomischen Entwicklung zwischen den Provinzen und kommunalen Gebietseinheiten. Man darf gespannt sein, ob es gelingt, diese Form der Sozialberichterstattung auf Dauer zu stellen und den neuen Sozialreport „Indicadores Sociales“ zukünftig - wie geplant - im Wechsel mit „Panoramica Social“ im zweijährigen Turnus regelmäßig zu veröffentlichen.

Zypern

Bei den von der Türkei und Zypern jeweils unter dem Titel „Social Indicators“ veröffentlichten Publikationen handelt es sich (noch) nicht um Sozialberichte im engeren Sinne, sondern um weitgehend unkommentierte Datenhandbücher bzw. Kompendien von Sozialen Indikatoren. In einem einleitenden Text faßt der zypriotische Band zunächst die wichtigsten Ergebnisse zur gesellschaftlichen Entwicklung Zyperns zusammen, definiert die Indikatoren und gibt Hinweise zu den Datenquellen. Danach werden in Form von Tabellen und Schaubildern für sechs inhaltliche Bereiche (Übersicht 2) Zeitreiheninformationen präsentiert, die z.T. den gesamten Zeitraum seit der 1960 gewonnenen Unabhängigkeit des Landes abdecken. In den beiden sich daran anschließenden Teilen des Reports

werden die Daten für Zypern in einen international vergleichenden Kontext gestellt und sehr detailliert mit den Ländern der Europäischen Gemeinschaft und einer Auswahl von anderen Ländern verglichen. Es ist geplant, dieses vergleichsweise einfach gestaltete, aber sehr informative Handbuch, das als „tool in assessing social progress“ verstanden wird, periodisch zu veröffentlichen und zukünftig thematisch noch zu erweitern.

Türkei

Das von der „Prime Ministry State Planning Organization“ publizierte Kompendium „Social Indicators Turkey“ verzichtet auf jegliche Kommentierung und präsentiert auf rund 340 Seiten umfassende statistische Informationen in Tabellenform zu einer Reihe von zentralen Lebens- und Politikbereichen (Übersicht 2). Der Umfang und die Detailliertheit der präsentierten Informationen, aber auch die Tatsache, daß auf die Form der Präsentation, Übersichtlichkeit und sonstige gestalterische Aspekte kaum Wert gelegt wird, verdeutlichen, daß diese Publikation wohl weniger die breite Öffentlichkeit, als Experten in der Politik, Verwaltung und Wirtschaft als Zielgruppe anspricht. Die Tabellen enthalten in der Regel Zeitreiheninformationen - mit einem Schwerpunkt auf den achtziger Jahren - und sind zumeist nach einer Reihe von Merkmalen aufgegliedert, häufig auch regional tief disaggregiert. Internationale Vergleiche finden sich nur in ganz wenigen Ausnahmefällen. Das Datenmaterial entstammt fast ausschließlich der amtlichen Statistik und der Verwaltungsstatistik der Ministerien und staatlichen Organisationen. Die doppelte Beschriftung der Tabellen in türkischer und englischer Sprache macht dieses Handbuch, das eine wahre Fundgrube für jeden darstellt, der sozial- und wirtschaftsstatistische Daten über die Lebensbedingungen, die Sozial- und Wirtschaftsstruktur der Türkei benötigt, zu einer allgemein zugänglichen und leicht verwendbaren Informationsquelle. Eine periodische Erscheinungsweise mit regelmäßigen updates der Indikatoren ist beabsichtigt.

Ungarn

Nachdem das ungarische Original bereits 1990 veröffentlicht worden war, ist der von Rudolf Andorka, Tamás Kolosi und György Vukovich herausgegebene Social Report für Ungarn 1992 in einer englischen Übersetzung erschienen. Der von TARKI

Übersicht 1: Social Reports verschiedener europäischer Länder

Land Herausgeber	Titel	Erstmals Veröffentlicht	Aktuelle ausgabe	Periodizität
BR Deutschland Statistisches Bundesamt 1985 ff mit Sfb 3 1992 mit WZB u. ZUMA	Datenreport	1983	1992	2 Jahre
Dänemark Danmarks Statistics/ Socialforskningsinstituttet	Levevilkår i Danmark	1976	1992	4 Jahre
Frankreich Institut Nationale de la Statistique et des Economique	Données Sociales	1973	1993	3 Jahre
Großbritannien Central Statistical Office	Social Trends	1970	1993	1 Jahr
Niederlande Social and Cultural Planning Office	Social and Cultural Report	1974	1992	2 Jahre
Österreich Statistisches Zentralamt	Sozialstatistische Daten	1977	1990	4/5 Jahre
Italien Istituto Nazionale di Statistica	Sintesi della Vita Sociale Italiana	1990	1990	?
Portugal Instituto Nacional de Estatistica	Portugal Social 1985-1990	1992	1992	?
Spanien Instituto Nacional de Estadistica	Indicadores Sociales	1991	1991	?
	Panoramica Social	1974		?
Türkei Prime Ministry State Planning Organization	Social Indicators	1990	1990	?
Ungarn TARKI	Social Report	1990 englisch 1992	1990 englisch 1992	?
Zypern Department of Statistics and Research, Ministry of Finance	Social Indicators	1992	1992	?

(Social Research Informatics Center) publizierte Band ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Wissenschaftlern universitärer Forschungseinrichtungen, unabhängiger sozialwissenschaftlicher Institute und der amtlichen Statistik. Bei dem ungarischen Report handelt es sich daher im Unterschied zu den meisten anderen nicht um eine amtliche, sondern eine wissenschaftliche Veröffentlichung. Der neue ungarische Report besteht - auch das ist eine Besonderheit - aus zwei weitgehend separaten Teilen. Der erste Teil - Hungary reflected by facts - knüpft unmittelbar an die 1988 erschienene Publikation „Modernization in Hungary in the long and short

run measured by social indicators“ von R. Andorka und I. Harcsa an (vgl. ISI Nr. 2) und analysiert und bewertet die Wohlfahrtsentwicklung und den sozialen Wandel in zwölf Lebensbereichen (Übersicht 2). In den einzelnen von unterschiedlichen Autoren verfaßten und namentlich gekennzeichneten Beiträgen werden die Indikatorzeitreihen in übersichtlichen Tabellen und Schaubildern präsentiert und die daraus erkennbaren Entwicklungstendenzen und Zusammenhänge dargestellt, analysiert und interpretiert. Der zweite, umfangreichere Teil des Reports - Social Processes - umfaßt zwanzig Beiträge in denen auf der Basis aktueller empirischer Daten zentrale Di-

mensionen der sozialstrukturellen Entwicklung (Social Mobility; Family Relations; Religion and Religiosity), aber auch aktuelle soziale und gesellschaftspolitische Probleme (Poverty; Homelessness, Transylvanian Refugees) sowie Wertorientierungen und Einstellungen der ungarischen Bevölkerung analysiert werden. Der ungarische Social Report profitiert erkennbar von der entwickelten statistischen Infrastruktur, über die Ungarn verfügt, und zeichnet sich vor allem auch durch die hohe Qualität seiner theoretisch angeleiteten sozialwissenschaftlichen Analysen aus. Er gehört damit zweifellos zum Besten was in diesem Genre in der letzten Zeit erschienen ist.

Übersicht 2: Inhaltliche Gliederung neuer Social Reports

Sintesi della Vita Sociale Italiana	Portugal Social	Indicadores Sociales Spanien	Social Indicators Türkei	Social Report Ungarn	Social Indicators Zypern
Räumliche Gliederung	Bevölkerung	Bevölkerung	Bevölkerung	Bevölkerung und Familie	Demographie
Bevölkerung	Familie	Familie	Familie	Bildung	Stellung der Frauen
Familie	Bildung	Bildung	Wohnen	Wirtschaft	Bildung
Wohnen	Erwerbstätigkeit	Arbeit	Gesundheit	Beschäftigung	Gesundheit
Bildung	Arbeitsbedingungen	Forschung und Technologie	Bildung	Einkommen	Lebensstandard
Arbeit	Lebensstandard	Einkommensverteilung und -verwendung	Jugend	Konsum	Internationale Soziale Indikatoren
Gesundheit	Soziale Sicherung	Soziale Sicherung	Sport	Wohnen	
Kultur und Freizeit	Gesundheit	Gesundheit	Beschäftigung	Gesundheit	
Justiz	Haushaltsausstattung	Wohnen und Umwelt	Soziale Sicherung	Zeitverwendung und Lebensweise	
	Kultur und Freizeit	Kultur und Politik	Löhne und Einkommen	Kultur	
	Andere Indikatoren		Kultur	Umwelt	
	Portugal in der Europäischen Gemeinschaft		Lokale Einrichtungen	Abweichendes Verhalten	
			Andere Indikatoren		

Nach dieser Serie von neu konzipierten und neu aufgelegten Social Reports gibt es in Europa nur noch wenige Länder, die nicht über eine regelmäßige Sozialberichterstattung verfügen. In einigen dieser Länder - wie z.B. in der Schweiz und in Griechenland - sind derzeit Bestrebungen im Gange ein derartiges Berichtswesen aufzubauen und die Publikation eines „comprehensive social reports“ vorzubereiten. Anstöße dazu - das zeigen die jüngsten Entwicklungen - gehen offenbar nicht zuletzt auch von den Prozessen der europäischen Integration und den damit verbundenen Informationsanforderungen aus, denen das herkömmliche Angebot der traditionellen Statistik in den betroffenen Ländern nicht mehr genügt.

Instituto Nazionale di Statistica: Sintesi della Vita Italiana. Edizione 1990. Centro Diffusione-Libreria Istat. Via C. Balbo, 11a - 00184 Roma.

Instituto Nacional De Estatística: Portugal Social 1985-1990. Lisboa 1992. ISSN 0871-8717.

Instituto Nacional De Estadística: Indicadores Sociales, Madrid 1991.

Prime Ministry State Planning Organization: Social Indicators Turkey. Ankara 1990. ISBN 975-19-0271-1.

Republic of Cyprus, Ministry of Finance, Department of Statistics and Research: Social Indicators. General Social Statistics, Series II, Report No. 1. 1992. ISBN: 9963-34-350-3.

Andorka, R., Kolosi, T., Vukovich, G. (eds.): Social Report. TARKI. Budapest 1992. ISBN: 963 7869 05 0.

Heinz-Herbert Noll
(0621-18004-48)

Impressum

Herausgeber:
Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon: (06 21) 1 80 04 - 0
Telefax: (06 21) 1 80 04 - 49

Verantwortlich für den Inhalt:
Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion:
Stefan Weick, Erich Wiegand

Satz und Druck:
Verlag Pfälzische Post GmbH
Winzinger Straße 30
67433 Neustadt / Weinstraße

Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X